Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17 / 11 614
Kleine Anfrage

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Simon Weiß (PIRATEN)

vom 22. Februar 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Februar 2013) und **Antwort**

IT-Fachverfahren in der Justiz

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Was ist der derzeitige Stand bei der Einführung der Fachverfahren forumSTAR und MESTA in der Berliner Gerichtsbarkeit bzw. Staatsanwaltschaft?

Zu 1.: Am 12. November 2012 wurde das forumSTAR-Modul für den Insolvenzbereich im Amtsgericht Charlottenburg eingeführt. Mit Inkrafttreten der Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung am 1. Januar 2013 wurde das Modul für das neue Zentrale Vollstreckungsgericht im Amtsgericht Mitte produktiv gesetzt. Die Einführung weiterer Module wird vorbereitet, für 2013 diejenigen für Mobiliarvollstreckung und Familiensachen.

MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation) wurde am 1. Januar 2012 bei den Berliner Strafverfolgungsbehörden (Generalstaatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaft und Amtsanwaltschaft) eingeführt.

2. Zu welchem Ergebnis kommt das zu forumSTAR in Auftrag gegebene Ergonomiegutachten und welche Konsequenzen werden daraus gezogen?

a) Liegen dem Senat weitere Gutachten oder Erhebungen zu forumSTAR oder MESTA vor, insbesondere in Hinblick auf Ergonomie und Nutzerakzeptanz, und wenn ja mit welchem Ergebnis?

Zu 2.: Im Ergonomiegutachten wurden keine Fehler festgestellt, die den Verfahrensbetrieb verhindern. Die Änderungserfordernisse der ermittelten 15 als bedeutsam („F2“) und 21 als weniger bedeutsam („F3“) klassifizierten Ergonomiefehler wurden bereits in den Länderverbund eingebracht. Dieser hat die hohe Priorität einer Optimierung der Ergonomie und Benutzerfreundlichkeit anerkannt; erste für die Praxis bedeutsame Lösungen sollen bereits in 2013 möglichst umgesetzt oder zumindest eingeleitet sein.

Zu a): Das Modul für das Zentrale Vollstreckungsgericht wurde ebenfalls einer softwareergonomischen Untersuchung unterzogen; es wurden zwei Fehler der Kategorie F2 und sechs der Kategorie F3 festgestellt.

Zu MESTA gibt es keine Gutachten oder Erhebungen.

3. Treten bei der Einführung von forumSTAR in der Berliner Gerichtsbarkeit ähnliche Probleme auf, wie sie im Jahresbericht 2012 des sächsischen Rechnungshof und in der Denkschrift 2012 des Rechnungshof Baden-Württemberg beschrieben sind, insbesondere bezüglich Performanceproblemen, Nutzerakzeptanz und Verzögerungen bzw. Zusatzkosten bei der Einführung?

Zu 3.: Berlin ist als achtes Bundesland dem forumSTAR-Verbund beigetreten. Die Erfahrungen der anderen Bundesländer wurden bei der Einführung in Berlin berücksichtigt. Trotzdem lässt es sich nicht vermeiden, dass Performance-Probleme auftreten. Auch das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) als beauftragter Dienstleister muss zunächst Betriebserfahrungen sammeln. Eine lange Projekt- und Einführungszeit lässt sich ressourcenbedingt in keinem Bundesland vermeiden. Zusatzkosten wie in Sachsen entstehen in Berlin nicht, weil die durch die übrigen Verbundländer entwickelte Textlösung übernommen wird und die Projektstruktur auf die gesamte Projektlaufzeit ausgelegt ist.

4. Welche Regelungen bzw. vertragliche Vereinbarungen bestehen bei den genannten Fachverfahren bezüglich von Anpassungen der Software im Betrieb? Wie und innerhalb welcher Zeiträume werden erforderliche oder sinnvolle Anpassungen identifiziert und umgesetzt?

Zu 4.: Bei MESTA regelt der mit dem Dienstleister Dataport abgeschlossene Pflegevertrag MESTA, dass Pflege- und Änderungswünsche das Fachverfahren betreffend der Lenkungsgruppe MESTA mitzuteilen sind. Die Lenkungsgruppe ist das höchste Gremium des Verbunds und mit Vertretern der MESTA-Länder sowie des Dienst-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

leisters besetzt. Dort erfolgt eine Priorisierung der verschiedenen Pflegewünsche, der Dienstleister erstellt einen Kostenvoranschlag. Die Lenkungsgruppe nimmt auch den umgesetzten Pflegewunsch ab.

Änderungen im Schreibwerk können in der Regel durch das Berliner Projektteam der Strafverfolgungsbehörden selbst vorgenommen werden.

Anpassungsbedarf ermittelt das Berliner Projektteam, zudem werden ihm fortlaufend Anpassungswünsche durch die Nutzerinnen und Nutzer des Fachverfahrens gemeldet. Das Projektteam bewertet die Vorschläge und setzt erforderliche oder sinnvolle Anpassungswünsche unverzüglich selbst um, soweit dies mit eigenen Mitteln möglich ist, also insbesondere im Schreibwerk. Ansonsten wird ein Pflegewunsch an die Lenkungsgruppe formuliert. Die Umsetzung erfolgt entsprechend der Dringlichkeit. Der Zeitraum bis zur Realisierung kann, abhängig von Dringlichkeit und Komplexität, wenige Stunden oder mehrere Monate betragen.

Ähnliches gilt auch für die Abläufe im forumSTAR-Verbund. Nach einem abgestimmten Prozess werden Änderungserfordernisse und -wünsche in ein gemeinsames Ticketsystem eingestellt, fachlich abgestimmt, die Kosten ermittelt und priorisiert. Gegebenenfalls entscheidet das Lenkungsgremium auf Ministeriumsebene über die Priorität. Wichtige und dringliche Änderungen werden schnellstmöglich umgesetzt, bei komplexen oder weniger dringlichen Änderungen kann die Umsetzungszeit bis zu 24 Monate betragen.

Die für die gerichtliche Praxis wichtigen Textanpassungen können je nach Dringlichkeit und zu wahrender Einheitlichkeit im Verbund auch durch die Projektgruppe vor Ort vorgenommen werden.

5. Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung des Senats aus der am 06.11.2012 auf einer Veranstaltung des dbb Brandenburg, des Bund Brandenburger Staatsanwälte und der DJG von Senator Heilmann vertretenen Auffassung, bei den genannten Verfahren handele es sich um technisch veraltete Insellösungen, die keine Hilfe für die betroffenen Dienstkräfte darstellen und deren Einsatz mit zahlreichen organisatorischen Problemen verbunden sei?

Zu 5.: Ich bin in der Verlautbarung des dbb Brandenburg (beamtenbund und tarifunion landesbund brandenburg) zu der Veranstaltung nicht korrekt zitiert worden. Meine Kritik richtete sich gegen die Qualität der in den Verbünden entstandenen und auch nur darüber zu ändernden Funktionalität der Software-Produkte, die nicht die Erleichterungen und Einsparungen bringen, die möglich gewesen wären.

Die hohen Anforderungen an IT-Fachverfahren in der Justiz, die aus den verschiedenen Prozessordnungen und sonstigen gesetzlichen Vorgaben resultieren, können wirtschaftlich vertretbar nur noch in Verbünden umgesetzt werden. Die Einführung einer länder-übergreifend entwickelten Fachanwendung verlangt eine größere Kompromissbereitschaft der Anwenderinnen und Anwender; im Rahmen des Akzeptanzmanagements ist aber dafür Sorge zu tragen, die Anwenderinnen und Anwender nicht zu überfordern.

Ein Redesign der zugrunde liegenden Basistechnologie kann nur in größeren Zyklen durchgeführt werden und erzeugt schnell den Eindruck einer veralteten Technologie. IT-Fachverfahren, die von sieben bzw. zehn Bundesländern genutzt werden, sehe ich nicht als Insellösungen an.

Im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können wir uns jedoch angesichts der unumgänglichen Personaleinsparungen nicht mit der bestehenden IT-Unterstützung begnügen. Es ist zwingend, die Möglichkeiten der IT noch weit stärker zu nutzen. Mein Haus treibt daher nicht nur in den Entwicklungsverbünden die weitere Optimierung der Fachverfahren voran. Darüber hinaus wurde es von mir gebeten, im gesamten Spektrum der IT ohne Denkverbote die Produktivität verbessernde Maßnahmen zu betrachten und im Hinblick auf ihre Nutzbarmachung für mein Ressort zu bewerten.

6. Welche Maßnahmen in Bezug auf die zukünftige Beschaffung und den Einsatz von IT-Fachverfahren sind nach Auffassung des Senats sinnvoll bzw. bereits geplant oder in Umsetzung befindlich? Inwieweit stehen hierfür Personalmittel zur Verfügung und inwieweit lassen sich Schlussfolgerungen auch auf andere Senatsverwaltungen übertragen?

Zu 6.: Die Beschaffung von IT-Fachverfahren hat - wie bei forumSTAR und MESTA geschehen - auf Grundlage einer IT-Strategie zu erfolgen, die unter Berücksichtigung der in Berlin und in der deutschen Justiz bestehenden Rahmenbedingungen erstellt wurde. Ein zentraler Aspekt dieser IT-Strategie ist daneben die hohe Gewichtung der Zukunftsfähigkeit der Fachverfahren.

In den kommenden Jahren wird der öffentliche Dienst in zunehmendem Maße mit der Wirtschaft um Arbeitskräfte konkurrieren. Daher muss der Einsatz der IT-Fachverfahren nicht nur eine effektivere Bearbeitung und einen verbesserten Bürgerservice ermöglichen. Er muss auch so gestaltet sein, dass die damit ausgestatteten Arbeitsplätze als modern und attraktiv wahrgenommen werden. Gesonderte Personalmittel stehen dafür grundsätzlich nicht zur Verfügung.

Berlin, den 19. März 2013

Thomas Heilmann
Senator für Justiz
und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Apr. 2013)